



---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

22. Sitzung (öffentlich)

31. Januar 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 17.00 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenografen: Heike Niemeyer, Rainer Klemann

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:** Seite

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** 1

(s. Diskussionsteil)

**1 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW** 1

**Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive in NRW**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/887

Vorlage 13/1044

Gespräch mit Sachverständigen

Als Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Christian Geiger (Städtetag NRW), Hans Gerd von Lennep (Städte- und Gemeindebund NRW), Roland Staude (Deutscher Beamtenbund, Landesbund NW), Herbert Helmrich (Gesellschaft zur Förderung der Entbürokratisierung e. V., Berlin), Michael Boeckhaus (Bund der Steuerzahler NRW e. V.), Meinolf Guntermann (Deutscher Beamtenbund, Landesbund NW)

- 2 Aktuelle Viertelstunde** 17
- hier: **Aktueller Sachstand über die Rolle des Innenministeriums und des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen im NPD-Verbotsverfahren** (Bitte der CDU-Fraktion um Stellungnahme des Innenministers)
- Bericht des Innenministers
  - ausführliche Diskussion
- 3 Dringliche Fragen (Anlage 8 der Geschäftsordnung des Landtags)** 26
- a) Übermittlung von DNA-Analysen Tatverdächtiger an das Bundeskriminalamt - Versäumnisse der Kölner Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit dem Sexualverbrechen an der 7-jährigen Anna aus München?  
(Dringliche Frage von Jürgen Jentsch [SPD] und Monika Düker [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])
- b) Hätte der mutmaßliche Serienvergewaltiger Sven Kemmerzell früher gestoppt werden können?  
(Dringliche Frage von Horst Engel [FDP])

c) Durchführung der DNA-Identitätsanalyse  
(Dringliche Frage von Theodor Kruse [CDU])

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- Stellungnahme der Landesbeauftragten für den Datenschutz NRW
- ausführliche Diskussion

**4 Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen (Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen - IFG NRW)**

34

hier: Entwurf einer Verwaltungsgebührenordnung

Vorlage 13/1190

- Diskussion

Der Ausschuss stellt bei zwei Gegenstimmen das Einvernehmen mit der Vorlage 13/1249 der Landesregierung her.

**5 Gesetz zur Ausführung des § 47 Abs. 3 Bundesdisziplinargesetz (AG BDG)**

37

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1677

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/1677 einstimmig zu.

**6 Gesetz zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt 37**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/1884

Der Ausschuss beschließt einstimmig, kein Votum abzugeben und den federführenden Ausschuss nach Abschluss der Anhörung entscheiden zu lassen.

**7 Sicherheit und Freiheit gewährleisten 38**

Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/1867

In Verbindung damit:

**Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus muss Nordrhein-Westfalen seine Kompetenzen nutzen**

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2079

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/1867 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/2079 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

**8 Gegen Gewalt in der Ehe - "Rote Karte" für gewaltbereite Ehepartner 39**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/851

In Verbindung damit:

**Häuslicher Gewalt entschieden entgegnetreten****- Aktionsplan der Bundesregierung unterstützen und durch Landesaktionsplan begleiten -**

Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/916

Vorlagen 13/364 und 13/841

Zuschriften 13/776, 13/790, 13/845 - Neudruck -, 13/928, 13/968, 13/980,  
13/983, 13/984, 13/997, 13/1025, 13/1028, 13/1032, 13/1048, 13/1063,  
13/1067, 13/1078, 13/1083, 13/1084, 13/1085, 13/1086, 13/1088, 13/1090,  
13/1096, 13/1100, 13/1102 und 13/1103

- Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/851 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und eine Stimme der FDP bei Enthaltung einer Stimme der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/916 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP an.

**9 Regelungslücke innerhalb des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (BtMG) schließen**

42

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1640

In Verbindung damit:

**Umfeld von Drogenkonsumräumen braucht klare Verhaltensregeln**

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/1841

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/1640 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die

Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU ab.

- 10 Masterabschlüsse von Universitäten und Fachhochschulen gleichstellen!** 43  
Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1863

- Diskussion

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/1863, entsprechend dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergänzt in Ziffer I um den Satz "Dabei ist durch bundeseinheitliche Regelungen die Gleichwertigkeit der Abschlüsse sicherzustellen", mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU zu.

- 11 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeswahlgesetz)** 46

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/615

Vorlage 13/692

Zuschriften 13/672, 13/708 und 13/787

Der Ausschuss stimmt folgender Neufassung von Art. 1 Nr. 4 b) im Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU einstimmig zu:

"Beträgt die Abweichung der Einwohnerzahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Wahlkreise mehr als 20 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen."

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/615 mit allen Änderungen mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP an.

\*\*\*\*\*



Ferner möchte sie wissen, ob berücksichtigt worden sei, dass Mitte letzten Jahres auf Bundesebene die Kostenordnung zum Umweltinformationsgesetz habe geändert werden müssen, weil die frühere Gebührenordnung nicht den Anforderungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs genügt habe. Die neue Gebührenordnung weise nunmehr für bestimmte Auskünfte Gebührenfreiheit aus und ermögliche es durch Härtefallklauseln, von der Erhebung von Kosten ganz abzusehen.

**MRin Pohler (IM)** teilt in Ergänzung ihrer bisherigen Ausführungen mit, dass auch der neue Entwurf eine Härtefallklausel enthalte und es der ausführenden Behörde daher unbenommen bleibe, in Fällen sozialer Härte von der Erhebung von Gebühren und Auslagen Abstand zu nehmen. Man habe im vorderen Teil nichts geändert, sondern nur im Gebührentarif. Nach wie vor gebe es aber zwei gebührenfreie Tatbestände: erstens die Erteilung einer mündlichen oder einfachen schriftlichen Auskunft und zweitens die Einsichtnahme in Akten oder sonstige Informationsträger in einfachen Fällen.

Der **Ausschuss** stellt bei zwei Gegenstimmen das Einvernehmen mit der Vorlage 13/1249 der Landesregierung her.

#### **5 Gesetz zur Ausführung des § 47 Abs. 3 Bundesdisziplinalgesetz (AG BDG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/1677

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/1677 einstimmig zu.

#### **6 Gesetz zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/1884

**Vorsitzender Klaus Stallmann** weist darauf hin, dass die Federführung bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs beim Ausschuss für Kommunalpolitik liege, der seine Beratungen am 13. März 2002 abschließen werde. Die nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform finde aber erst am 14. März 2002 statt. Darum bitte er, heute ein Votum abzugeben.

**Jürgen Jentsch (SPD)** schlägt vor, das Votum den Mitgliedern des federführenden Ausschusses zu überlassen.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Klaus Stallmann** nach einer eventuellen öffentlichen Anhörung zu diesem Gesetzentwurf verweist **LMR Beuß (IM)** auf den Beschluss des Ausschusses für Kommunalpolitik, nur eine schriftliche Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände - diese laufe zurzeit - durchzuführen.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, kein Votum abzugeben und den federführenden Ausschuss nach Abschluss der Anhörung entscheiden zu lassen.

## 7 Sicherheit und Freiheit gewährleisten

Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/1867

In Verbindung damit:

**Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus muss Nordrhein-Westfalen seine Kompetenzen nutzen**

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2079

**Vorsitzender Klaus Stallmann** informiert darüber, dass der mitberatende Rechtsausschuss den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen am Vortag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen habe.

**Theodor Kruse (CDU)** hebt hervor, "Jubelanträge" mit der Kernaussage, der Landtag begrüße die Entscheidung der Landesregierung, fänden nicht die Unterstützung seiner Fraktion. Der Entschließungsantrag der CDU hingegen beschreibe umfassend und natürlich weitgehender als der Ursprungsantrag die Notwendigkeiten.

Der **Ausschuss** nimmt den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/1867 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an.